Bürgermeister Dr. Storch zitiert die Bezeichnung des Tagesordnungspunktes und weist die Formulierung „Finanzgebaren“ zurück.

Herr Dehnert erklärt, dass die Formulierung in der Haushaltsrede gewählt wurde, deren Ton naturgemäß schon einmal etwas martialisch sei. Seine Fraktion verfüge nur über fragmentarische Informationen im Hinblick auf die Krankenhaus GmbH. Aufgrund der seiner Fraktion vorliegenden Zahlen komme man zu dem Ergebnis, dass Vorgänge, die nun auch im Rahmen des Nachtrags abzuwickeln seien, so für eine Gemeinde nicht hinnehmbar seien. Die Gemeinde brauche Planungssicherheit. So bestehe in den verschiedensten Bereichen (Schulen, Jugendcafé, Gebäudesanierung, Straßen) Investitionsbedarf. Aber ständig schwebe das Damoklesschwert Krankenhaus über irgendwelchen Maßnahmen. Es fehle jegliche Transparenz. Es sei eine vierteljährliche Berichterstattung durch die Geschäftsführung zugesagt worden. Man habe keine Einwände, wenn man ein für alle mal wüsste, dass für das Krankenhaus per anno ein Betrag X zur Verfügung stehen müsse. Es müsse aber klar gemacht werden, wofür das Geld gebraucht würde. So aber habe man immer nur einen Verlustvortrag.

Der Bürgermeister stellt klar, dass sich nicht auf eine vierteljährliche Berichterstattung sondern auf eine halbjährliche verständigt wurde. Vorgesehen sei dies im Hauptausschuss am 4. Juni.

Herr Diwo kritisiert ebenfalls den Begriff „Finanzgebaren“. Dies suggeriere, dass es nicht mit rechten Dingen zugehe. Im übrigen erfolge jährlich eine Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer. Dieser erstelle ein Testat, für das er letztendlich den Kopf hin halten müsse. Im übrigen frage er sich, wie die von den Grünen angestrebte Planungssicherheit durch eine Prüfung entstehen könne. Insofern sei der Antrag sinnlos, da der Wirtschaftsprüfer Zurückliegendes prüfe, nicht aber Planungen für die Zukunft erstelle. Die letzte Gesellschafterversammlung datiere vom 31.10.2006. Die Zeitspanne bis zur kommenden Versammlung im Mai halte er für zu lange. Dem Bürgermeister lägen sicher aktuellere Erkenntnisse vor. Herr Diwo stellt den Antrag, kurzfristig eine Sitzung des Ältestenrates einzuberufen, um die aktuellen Informationen darzulegen.

Der Bürgermeister schildert die bevorstehende Terminlage. So gebe es am 16.5. ein internes Gespräch mit den Vertretern der Gesellschafterversammlung. Zuvor – am 15.5. – finde verwaltungsseitig ein Gespräch mit der Geschäftsführung statt. Im Mai folge die Gesellschafterversammlung. Eine Information mache vor dem 15. Mai keinen Sinn, da man zuvor keine aktuelleren Informationen bekomme.

Auf Nachfrage von Herrn Diwo fügt der Bürgermeister ergänzend hinzu, dass er mit dem Beigeordneten Sterzenbach bereits einen Termin mit der neu installierten Geschäftsführung gehabt habe. Ein Schreiben an die Geschäftsführung mit der Anmahnung aktuellen Zahlenmaterials für die bevorstehenden Besprechungen gehe morgen in die Post.

Auf Frage von Herrn Meeser erklärt Erster Beigeordneter Sterzenbach das Verfahren. Die Vertreter der Gesellschaft können gem. Gesellschaftervertrag in allen Angelegenheiten der Gesellschaft Auskunft verlangen. Der Rat müsste einen Beschluss fassen, die gewählten Vertreter anzuweisen, bestimmte Auskünfte einzuholen. Beauftrage man hierzu ein Unernehmen bzw. einen Wirtschaftsprüfer, beinhalte dies auch die Übernahme der Kosten.

Auch Herr Tendler bestätigt diese Auffassung. Im übrigen hält auch er den Abstand zwischen den Gesellschaftsversammlungen zu groß. Es gebe einfach mehr Informationsbedarf. Er regt an, in diese Richtung tätig zu werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass er die Gesellschafter telefonisch ausführlich über die Ergebnisse des zwischen ihm, Herrn Sterzenbach und der Geschäftsführung geführten Gesprächs informiert habe. Es habe sich um eine gesellschaftliche Angelegenheit gehandelt.

Herr Liene erinnert an das Vorhaben, mit der Marienhaus GmbH im Dialog zu kommunizieren. Er hält es nicht für sinnvoll, die Thematik im Ältestenrat zu erörtern, sondern im nichtöffentlichen Teil der nächsten Sitzung. Fasse man im Antragssinne heute einen Beschluss, schaffe das doch auch Misstrauen gegenüber der neuen Geschäftsführung.

Herr Sonntag hält eine Ältestenratssitzung vor den genannten Terminen für sinnvoll. Hierbei gehe es auch darum, verbindliche Informationen zu erhalten. So sei beispielsweise ein Finanzstatus gefordert worden. Die CDU habe ein entsprechendes Schreiben an den Bürgermeister geschickt. Er habe den Eindruck, dass man erst auf Aufforderung tätig werde.

Der Bürgermeister stellt klar, dass Gesprächstermine verwaltungsseitig festgelegt würden und nicht erst auf Aufforderung. Der Ältestenrat sei kein offizielles Gremium. Offizielle Gremien seien vielmehr die Gesellschafterversammlung und der Hauptausschuss. Informationen aus der Gesellschafterversammlung würden nicht ausschließen, alle anderen Fraktionen zu informieren.

Herr Duldhardt versteht die gesamte Diskussion so, dass ein Unbehagen über mangelnde Information vorliegt. Man stelle sich immer die Frage, ob es dem Krankenhaus finanziell gut gehe oder nicht. Ggf. sei der seinerzeit beschlossene Berichtsturnus zu lang. Sinn mache evtl. ein Quartalsbericht – auch vor dem Hintergrund des seitens der Gemeinde mitgetragenen finanziellen Risikos. Hierzu müsse man den Dialog mit dem Mitgesellschafter suchen. Auch Herr Duldhardt kritisiert, dass mit Vokabeln wie Finanzgebaren eine seriös agierende GmbH hier in eine bestimmte Ecke gestellt und nun ein weiteres Gutachten gefordert werde. So gehe man mit einem Mitgesellschafter nicht um.

Herr Dehnert ist der Meinung, dass es Unregelmäßigkeiten bzw. Illegalitäten gebe bzw. gegeben habe.

Der Bürgermeister weist dies entschieden zurück. Diese Aussage sei zurückzunehmen.

Herr Dehnert sieht dies als eine Frage der Logik. Wenn etwas legalisiert werde, sei dies zuvor illegal gewesen. Dies sei seine private Meinung. Aufgefallen sei ihm auch der Dialog zwischen Bürgermeister und den Vertretern der Gesellschafterversammlung. Er habe den Eindruck, dass die Vertreter der Gesellschafterversammlung nicht wüssten, worum es überhaupt gehe. Offensichtlich habe sich hier ein Staat im Staate gebildet, der sich immer dann, wenn er Geld benötige, hier melde. Darüber würde in diesem Rat keinerlei Rechenschaft abgelegt.

Der Bürgermeister verweist auf den bevorstehenden Bericht der Geschäftsführung im nächsten Hauptausschuss und den Vorschlag von Herrn Duldhardt auf Verkürzung des Berichtsintervalls.

Herr Ersfeld macht deutlich, dass man eine vertrauensvolle Zusammenarbeit angestrebt und sich auf einen gemeinsamen Dialog verständigt habe. Ihm sei es völlig unverständlich, warum Herr Dehnert nun wieder „Dampf in den Kessel“ bringe.

Herr Langer unterstützt den Antrag von Herrn Diwo und den Vorschlag von Herrn Sonntag, das Thema mit entsprechendem Zahlenmaterial im Ältestenrat zu erörtern. Vor diesem Hintergrund sei man auch bereit, den heute gestellten Antrag in den Ältestenrat zu verweisen.

Erneut macht der Bürgermeister klar, dass der Ältestenrat kein offizielles Entscheidungsgremium sei. Nach GmbH-Gesetz sei die Problematik zunächst mit den Eitorfer Vertretern der Gesellschafterversammlung zu erörtern. Dann könne man weiter sehen und ggf. den Ältestenrat informieren.

Da offensichtlich im Moment keine neuen Fakten bekannt seien, relativiert Herr Diwo seinen eingangs der Debatte gestellten Antrag dahingehend, die Fraktionsvorsitzenden und die Vertreter der Gemeinde Eitorf in der Gesellschafterversammlung nach dem 16.5. zu informieren.

Nach weiteren Wortmeldungen beantragt Frau Bolten gem. Geschäftsordnung das Ende der Rednerliste.

Auf Frage des Bürgermeisters ergibt sich keine Gegenrede. Er ruft die verbleibenden Redner auf.

Aus der Diskussion, so Herr Langer, ergebe sich die Tatsache, dass im Moment niemand etwas über die finanzielle Situation des Krankenhauses sagen könne. Dies sei ein Armutszeugnis. Es könne nicht sein, dass man 1,5 Mio. an das Krankenhaus gebe, wenn niemand wisse, was damit geschehe. Der Antrag würde heute zurück gezogen, wenn er in der nächsten Ältestenratssitzung beraten und in der darauf folgenden Ratssitzung wieder auf die Tagesordnung komme.

Der Bürgermeister fasst zusammen. Er habe signalisiert, dass man sich nach der – internen – Gesellschafterversammlung mit allen Fraktionen (Stichwort Ältestenrat) zusammensetzen werde um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Herr Sonntag geht noch einmal auf die Wortmeldung von Herrn Dehnert bezüglich „Unregelmäßigkeiten“ ein. Er habe geäußert, dass dies erst „im Rat legalisiert“ wurde. Das von Herrn Dehnert angesprochene „Finanzgebaren“ des St. Franziskus-Krankenhauses habe aber mit dem Ratsbeschluss nichts zu tun.

Auf nochmalige Frage des Bürgermeisters erklärt Herr Dehnert, dass der Antrag bis zur Beratung im Ältestenrat zurückgezogen werde.

Ein Beschluss in der Sache wird nicht gefasst.